

Streit ums Ehrenamt bei Haushaltsdebatte

BFG will Servicestelle einrichten

GLÜCKSTADT Der Haushalt für die Stadt Glückstadt wurde im Februar beschlossen und im März von der Kommunalaufsicht genehmigt. Darin waren die Erträge im Ergebnisplan mit 28,1 Millionen Euro und die Aufwendungen mit 34,8 Millionen Euro angesetzt, so dass sich ein Jahresfehlbetrag von 6,7 Millionen Euro ergab. Um die veränderten Entwicklungen bei den Erträgen und Aufwendungen genauer darzustellen, wurde in der jüngsten Sitzung der Stadtvertretung ein Nachtragshaushalt beraten.

Hauptausschussvorsitzender Dirk Glienke (SPD) erläuterte die aktualisierten Ansätze: „Durch eine Erhöhung der Erträge um 228 000 Euro und eine Verminderung der Ausgaben um 152 000 Euro vermindert sich unser Jahresfehlbetrag um 380 000 Euro und beträgt jetzt noch 6,3 Millionen Euro. Ich beantrage die Zustimmung zum Nachtrag.“ Was sich zunächst wie ein Selbstläufer anhörte, entwickelte sich zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den CDU-Vertretern, der Verwaltung und weiteren Stadtvertretern der anderen Fraktionen.

Anlass dafür war ein Änderungsantrag von **Siegfried Hansen** (BFG, Foto), im Stellenplan eine neue befristete Stelle bis Ende 2025 als Servicestelle für das Ehrenamt aufzunehmen. Er begründete: „Für diese Stelle erhalten wir aus einem Förderprogramm des Landes einen Zuschuss von 80 Prozent. Gleichzeitig soll die jetzige Servicestelle im Stellenplan mit einem k.w.-Vermerk (*künftig wegfallend, Anm. d. Red.*) versehen werden.“ Die vorrangigen Aufgaben für diese Stelle sollten nach Aussage von Hansen die Gründung eines Vereins für den Bürgerbus sein und der Anschub für den selbstverwalteten Betrieb des Glücksknotens als Bürgerzentrum.

Ebba Okkens-Theuerkauf (CDU) lehnte den Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen ab: „Der Stellenplan ist nicht Gegenstand des Nachtragshaushaltes und deshalb kann darüber gemäß unserer Geschäftsordnung nicht abgestimmt werden oder nur mit einer Zweidrittelmehrheit aller Ratsmitglieder – und die gibt es nicht.“ Markus Weinheimer (CDU) warf Hansen vor, im Wirtschaftsausschuss gegen die Aufstockung von 1,88 Stellen für den Betrieb des Glücksknotens argumentiert zu haben und jetzt eine zusätzliche Stelle installieren zu wollen. Lars Ruhland (CDU) sprach gar von Doppelmoral und beantragte die



Verschiebung der Entscheidung. Stefan Goronczy (FDP) hingegen beurteilte den Stellenplan als Teil des Haushalts, über den man durchaus abstimmen könne. Inhaltlich sprach er sich für die Schaffung der Servicestelle im Nachtragshaushalt aus: „Wir bekommen dafür eine nicht unerhebliche Landesförderung und wollen damit etwas langfristig auf die Schiene setzen.“

Der Büroleitende Beamte Stephan Venner führte aus, dass gemäß Geschäftsordnung ein Antrag zum Stellenplan im Tagesordnungspunkt zum Nachtragshaushalt zulässig sei, bedauerte aber, dass die Verwaltung nicht vorher über die Antragsstellung informiert wurde. Bürgermeister Rolf Apfeld beurteilte die Redebeiträge als eine ungesunde Gemengelage in einer aufgeheizten Atmosphäre.

Nach Sitzungsunterbrechung und zeitweisem Ausschluss der Öffentlichkeit wurde der Nachtragshaushalt inklusive der neuen Stelle für das Ehrenamt dann mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU beschlossen. hfn